

in 1. Lesung angenommen

ASTA-Vorstandskollektiv  
- Finanzreferat -

Darmstadt, 13. 12. 1971

Vorlage zum ordentlichen Haushalt 1972 zur 1. Lesung

<u>I. Einnahmen</u>	Soll 70	Soll 71	Soll 72
1. Studentenschaftsbeiträge ( 10.-DM pro Student und Semester; Annahme: WS 71/72 7672 Stud.; SS72 7328)	128.000,-	135.000,-	150.000,-
2. Kapitalertrag	4.000,-	2.000,-	1.000,-
3. sonstige Einnahmen	1.000,-	1.000,-	1.000,-
4. Einnahmen aus Rücklagen	-,-	-,-	-,-
	<u>133.000,-</u>	<u>138.000,-</u>	<u>152.000,-</u>

II. Ausgaben

1. Beiträge und Zuschüsse an Dritte			
1.1. Zuschuß dsz	9.840,-	23.150,-	24.000,-
1.2. Zuschuß Kinderladen	3.000,-	-,-	-,-
1.3. Sonstige Zuschüsse und Beiträge	3.160,-	1.500,-	1.000,-
	<u>16.000,-</u>	<u>24.650,-</u>	<u>25.000,-</u>
2. Personalkosten			
2.1. Lohn u. Gehaltskosten ASTA (Geschäftsbetrieb, Sekretärinnen, sonstige Arbeiten)	38.000,-	24.350,-	25.000,-
2.2. Aufwandsentschädigung Vorstand (6 x 400,- pro Monat)	24.000,-	28.800,-	28.800,-
2.3. AE Sachbearbeiter	1.000,-	2.400,-	-,-
2.4. AE Verwaltungsrat	1.200,-	-,-	-,-
2.5. AE Fachschaften	4.900,-	-,-	-,-
2.6. AE für projektgebundene Arbeiten	3.000,-	-,-	-,-
	<u>72.100,-</u>	<u>55.550,-</u>	<u>53.800,-</u>

I Beschlußvorlage

1. Erklärung der Defizite

Der vorglegte vorläufige Finanzplan des Studentenwerkes für das Jahr 1973 weist einen Fehlbetrag von 368800.--DM aus. Davon gehen 82000.--DM für die Förderungsabteilung ab, da diese Auftragsverwaltung des Landes ist.

Die verbleibenden 286800.--DM setzen sich wie folgt zusammen:

- 190800.--DM durch die Wohnheime, die Studentische Krankenversorgung, die Mensa und das Studentenhaus,
- 96000.--DM durch einzurichtende Projekte, wie Kindertagesstätte, etc.

2. Beschlußalternativen

Das Studentenparlament stellt zunächst einmal fest:

Die Defizite, die im Studentenwerk entstehen, sind durch eine verfehlte Sozialpolitik des Landes verursacht. Es ist deshalb nicht einzusehen, daß diese Defizite in Form eines höheren Sozialbeitrages auf die Studenten abgewälzt werden sollen.

Zwar ist die soziale Situation der Studenten eigentlich oft genug beschrieben worden, es soll hier aber doch noch einmal folgendes festgestellt werden:

§ Bafög: nur 420.--DM und das für höchstens zehn % der Studenten. Anhebung des Richtsatzes frühestens 1974

§ Wohnsituation: Wohnheime für 10% der Studenten  
20.--DM/Stud.u.Semester zu deren Defizitabdeckung.  
50% der Studenten sind Pendler.  
130.--DM für Wohnen in Untermiete  
Kein Anspruch auf Wohngeld

§ Mensa: ein Essen, das trotz steigender Preise und auf jeden Fall nicht besser gewordener Qualität immer noch gegessen wird

§ Studentische Krankenversorgung: 35.--DM/Stud.u.Sem. für keine Gegenleistung  
Doppelversicherung

FALLS der Vorstand des Studentenwerkes sich gegen die Erhöhung aussprechen sollte, dann kommt sie aber auf jeden Fall per Erlaß von Wiesbaden (siehe Marburg, usw.).

Das Studentenparlament beschließt daher:

**A** Da die Erfahrungen mit bisherigen Sozialkampagnen an der Hochschule gezeigt haben, daß von inhaltlich aktiver Hochschulpolitik isoliert angegangene Aktionen im Sozialbereich der Hochschule starke Bedenken aufkommen lassen, eine Erhöhung nicht zu verhindern ist, eine Beitragsverweigerungskampagne wie im WS 71/72 - angesichts des diesmal weitaus größeren Risikos - fast ausgeschlossen scheint, nimmt das Studentenparlament die geplante Beitragserhöhung zur Kenntnis.

oder alternativ:

**B** Das Studentenparlament lehnt die geplante Beitragserhöhung incl. Essenspreiserhöhung ab. Es fordert die Studentischen Vertreter im Vorstand des Studentenwerkes auf, sich gegen eine Beitragserhöhung auszusprechen. Gleichzeitig verpflichtet es den ASTA mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu versuchen, die ~~Beitrags~~ Erhöhungen zu verhindern. Weitergehend verpflichtet es den ASTA - im Falle einer Erhöhung entweder durch den Vorstand oder durch Wiesbaden - entsprechende Kampfmaßnahmen einzuläuten.

Dazu

Im Einzelnen müßte jedoch zuvor darüber diskutiert werden:

- Was soll damit erreicht werden?
- Welche Vorgehensweisen sind denkbar (realistisch)?
- Wer trägt denn eigentlich die ganze Sache?

## II Augenblickliche Situation der Hess. Studentenwerke sowie des StuWe Da

### 1. Entwicklung

Seit Ende 1971 veröffentlichten die hess. StuWe <sup>(vertriebt)</sup> Berichte über die Verursachung ihrer Defizite, um damit die öffentl. Hand (Land Hessen) zur Vergabe von höheren Zuschüssen aufzufordern.

Die Antwort aus Wiesbaden hierauf war vielfältig aber eindeutig.

Nachdem sich, durch von der Kultusbürokratie verordneten Wirtschaftsprüfungen über die hess. StuWe's durch das RW, herausstellte, daß die StuWe's durchweg wirtschaftlich arbeiten, und ihnen die Verursachung der Defizite nicht zugeschoben werden konnte, zeichnete sich die Tendenz ab, durch Gesetzesnovellierung die Selbstständigkeit der StuWe's aufzuheben, und sie entweder der Hochschulverwaltung anzuschließen oder auf Landesebene zusammenzufassen.

Damit soll erreicht werden, daß die Bestimmung der Aufgaben der StuWe's mehr von den Betroffenen, sowie einer auf örtliche Bedingungen reagierenden Situation vorgenommen wird, sondern daß die Aufgaben der StuWe's entsprechend der Größe der insgesamt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel des Landes bestimmt werden <sup>nicht</sup> ~~kaan~~.

Hierzu sei noch bemerkt, daß die SPD noch an einer Gesetzesvorlage arbeitet. Die CDU hat bereits eine Gesetzesvorlage in den Landtag eingebracht, der die StuWe's auf Landesebene zusammenfasst, jedoch die Selbstständigkeit der StuWe's weiter vorsieht.

Präsident Böhme arbeitet, wenn auch nicht direkt an einer Gesetzesvorlage, so doch im Untergrund, an einer Eingliederung der StuWe's in die Hochschulverwaltung, um damit Studien - sowie Sozialprobleme der Studenten in einer Hand zu vereinigen und darüber zu bestimmen.

Direkte schon wirksame Maßnahmen zur besseren Kontrolle der StuWe's sind von Seiten Wiesbadens bereits durch die Genehmigungspflicht der Haushaltspläne der StuWe's sowie durch eine

(Ende 71)

Gesetzesänderung des StuWe-Gesetzes, die den Wegfall des Vetorechtes der stud. Vertreter im Vorstand der StuWe's und den Wegfall der Pflicht, daß die Studentenschaft (Asta) und der Senat bei Beitragserhöhung ihr Einvernehmen herzustellen hatten, installiert worden.

## 2. Aktuelle Situation in Marburg und ~~Krankfurt~~ Gießen

Frankfurt, Marburg und Gießen waren die Universitäten, die als erste auf das neue, von Wiesbaden voll abgesicherte Vorgehen bei Sozialbeitrags erhöhungen zur Abdeckung von Defiziten in den StuWe's, zu reagieren hatten. In Marburg wurden gleichzeitig außerdem die Mieten in den Wohnheimen per Ersatzvornahme erhöht.

Der Ablauf ist kurz folgendermaßen zu beschreiben.

Nachdem die Geschäftsführer der StuWe's per Haushaltsplan bestehende, sowie zu erwartende Defizite ausgewiesen hatten, wurden die Vorstände der StuWe's von Wiesbaden aufgefordert, diese Defizite durch entsprechende Erhöhung der Sozialbeiträge auszugleichen bzw. aufzufangen. Alle Vorstände weigerten sich, durch Beitragserhöhungen die Defizite den Studenten aufzubürden. Daraufhin wurden die Beitragserhöhungen von Wiesbaden per Ersatzvornahme erhöht.

In Gießen hatte die Studentenschaft schon im WS72/73 darauf zu reagieren. Eine Verweigerungskampagne scheiterte jedoch. Der AstA der Uni hat gleichzeitig eine Normenkontrollklage wegen formaler Mängel gegen die Ersatzvornahme eingereicht, der sich jeder einzelne Student anschließen kann.

In Marburg stehen die Höheren - durch Ersatzvornahme festgelegten - Beiträge ab dem 1.4.73, also ab SS 73, an. Der dortige Vorstand des StuWe's hat auf die Ersatzvornahme von Wiesbaden mit einer Klage beim Verwaltungsgericht reagiert, weil er der Meinung ist, daß der KuMi seine Kompetenzen überschritten habe. Der KuMi hat über die StuWe's lediglich Rechtsaufsicht, nicht jedoch Fachaufsicht. Eine Beitragserhöhung per Ersatzvornahme sei eine Fachaufsicht (Eine detaillierte Argumentation ist uns allerdings noch nicht bekannt!). Der AstA der Uni Marburg strebt außerdem eine Verweigerungskampagne für das SS 73 an.

## 3. Aktuelle Situation in Darmstadt

Aufgrund der unter Punkt I aufgeführten, zu erwartenden Defizite für das Jahr 1973, und der Tatsache, daß die Verhandlungen über die Zuschüsse für das StuWe von Seiten des Landes zwischen dem Geschäftsführer und dem Finanzministerium abgeschlossen und in ihrer Höhe festgelegt sind, hat der Geschäftsführer den Vorstand gebeten, diese Defizite über eine Beitragserhöhung und eine Essenspreiserhöhung ab SS 1973 abzudecken, da die Bilanz des Stuwes dem Gesetz nach ausgeglichen sein muß.

Freiwillig wird Wiesbaden die Zuschüsse nicht weiter erhöhen, da für 1973 die Ausgaben für den Ausbildungsbereich und somit auch für den Sozialbereich der Auszubildenden von Seiten des Landes durchweg gekürzt worden sind. Im Gegenteil! Wiesbaden wird auch in Darmstadt den Weg der Ersatzvornahme bei Ablehnung durch den Vorstand beschreiten.

### III Einschätzung studentischer Politik im Sozialbereich

#### 1. Allgemeines

Sozialpolitik allgemein im Kapitalismus ist zu definieren als Aktivität des Staates zur langfristigen Sicherung der materiellen Reproduktion der Ware Arbeitskraft, und zwar bei konstantem Qualifikationsniveau.

Im Klartext:

Um den Folgen der Ausbeutung in diesem System die schärfsten Spitzen zu nehmen und um somit die Ausbeutung dem Blick von politisch unbedarften, aber irgendwie unzufriedenen Bürgern zu entziehen, dafür wird Sozialpolitik eingesetzt.

Sozialpolitik im Ausbildungsbereich tritt aber erst hervor durch die Nachfrage nach höherqualifizierten Arbeitskräften, gemäß dem Stand und Bedarf der Produktion und der damit verbundenen Notwendigkeit Personen auszubilden, die bisher aufgrund finanzieller Unterprivilegierung nicht in der Lage waren zu studieren. Staatliche Sozialpolitik im Ausbildungsbereich, abgeleitet aus den Anforderungen kapitalistischer Bildungsplanung, läuft demnach auf eine in engen Grenzen dynamisierte finanzielle Ausbildungsförderung hinaus, mit der der Lebensunterhalt der Auszubildenden haarscharf abgedeckt werden kann.

Aktionen im Sozialbereich, die das nicht aufgreifen und vermitteln bzw. aus Aktionen im Ausbildungsbereich hervorgehen, müssen notwendigerweise einer Sozialstaatsillusion aufsitzen und bergen somit die Gefahr in sich, zu scheitern.

Einer Sozialstaatsillusion aufsitzen, heißt, den Staat als humanen Verteiler öffentlicher Gelder zu sehen, der gewillt ist und in der Lage ist, bessere Bedingungen für alle zu schaffen. - Tritt hier jedoch tatsächlich eine dieser schon beschriebenen schärfsten Spitzen auf, was gerade für Studenten genauestens zu untersuchen wäre, so steht dem Erfolg einer solchen Aktion die Tatsache entgegen, daß diese Spitze beseitigt wird, und damit wieder Ruhe einkehrt.

Sozialpolitik im Ausbildungsbereich muß entweder mit der Ausbildungssituation selbst verknüpft sein, oder aber sie muß sich aus dem Rahmen der Hochschule herausbewegen, um Solidarität bei gleichermaßen Betroffenen zu wecken und in die Aktion einzubeziehen (siehe Hausbesetzungen).

Die Erfahrung zeigt außerdem, daß Aktionen, die isoliert den Sozialbereich im Ausbildungssektor betreffen, nicht massenhaft von Studenten aufgegriffen werden (siehe Hausbesetzung; Beitragserhöhung in Gießen), und daß die Qualifikation und die damit zu erwartende spätere Statusverbesserung gegenüber Entbehrungen während des Studiums (z.B. Frustrationen in der Wohnsituation, im Sozialleben, etc.) den Studenten wichtiger ist.

#### 2. Politik im Studentenwerk

Vor oben skizzierten Hintergrund ist Politik im Sozialbereich, speziell im StuWe, folgendermaßen zu verstehen:

Die Studentischen Vertreter im Vorstand des Studentenwerkes versuchen vorrangig Einrichtungen, die im Sinne "linker studentischer Politik" für notwendig erachtet werden, für die Allgemeinheit der Studentenschaft zu installieren. Diese Einrichtungen geben dann durch ihr Vorhandensein weitertreibende Anstöße.

~~Einige Beispiele hierzu nachheres klären:~~  
a) ~~Unterstützung von Kinderläden~~

Einige Beispiele hierzu machen es klarer:

- a) Unterstützung von Kinderläden.  
Eigeninitiativen von Studenten mit Kindern werden bei ihrer Absicht eine emanzipatorische Erziehung vorzunehmen unterstützt. Mittlerweile wird in den Kinderläden auf der Ebene von Stadtteilarbeit und Schülerläden diskutiert.
- b) Durch das Aufzeigen der Wohnmisere der Studenten durch die Hausbesetzungen wurde ein Projekt installiert, daß über die Anmietung von Wohnungen und nicht nur Zimmern, sowie durch die Bereitstellung von ~~Barzahlen~~ Kauttionen, mehr Wohnraum zur Verfügung gestellt wird und Gruppenwohnen für Studenten damit eher möglich macht.
- c) Durch die Mitsprache der Studenten beim Bau des Karlshofes konnte die alte repressive Form des Gemeinschaftswohnheimes überwunden werden. Der Karlshof wird Gruppenwohnen ermöglichen. Baubeginn wird im Herbst 73 sein.
- d) Die psychotherapeutische Beratungsstelle soll die Konflikte der Studenten (höchste Selbstmordrate) therapeutisch aufgreifen und deren Ursachen analysieren.

Weitere unbedingt zu installierende Projekte in diesem Sinne sind:

- a) Erweiterung der Psychotherapeutischen Beratungsstelle, um die aus den Beratungen gemachten Erfahrungen und Analysen in die Organisation des Gesamtstudienablaufes einfließen zu lassen.
  - b) Projektbezogene Rechtsberatung für Studenten z. B. im Mietrecht und Förderungsfragen.
  - c) Projektbezogene Untersuchungen über stud. Wohnen und Standortuntersuchungen für Wohnheime.
  - d) Errichtung einer eigenen Kindertagesstätte bzw. Förderung weiterer Kinderwerkstätten, die aus stud. Eigeninitiative entstehen.
- \* Diese Projekte, die aus dem im vorläufigen Haushaltsplan für 1973 ausgewiesenen Rücklagen finanziert werden sollen, finden die Zustimmung und verbindliche Zusage des gesamten Vorstandes des StuWe's.

### 3. Bisherige Aktionen im Sozialbereich:

Im Ws 70 beschloß der Vorstand des StuWe's Defizite, die auf Grund schleppender und mangelhafter Finanzierung im Wohnungsbau angefallen waren durch eine 15.-- DM Betragerhöhung, 10.--DM Mieterhöhung und 0,10 DM Essenspreiserhöhung auf Kosten der Studenten auszugleichen. Die stud. Vertreter im Vorstand votierten diesen Beschluß, das Stud. Parlament ebenso wie der Senat stellten ihr Einvernehmen nicht her. Es entwickelte sich daraufhin ein recht eigenartig unpolitischer Rechtsstreit.

- War die Wohngeldkampagne, deren Hauptbasis die Wohnheimbewohner waren, im Ws ~~70/71~~ 69/70 kläglich gescheitert, so nahmen im WS 70/71 die Wohnheimbewohner den Kampf gegen die o. g. Mieterhöhung erst gar nicht auf. 10.-- DM mehr Miete im Monat bei nur 350.-- DM Honnef, stand also offensichtlich in überhaupt keinem Verhältnis zu dem Risiko durch Verweigerung einen doch recht preisgünstigen Wohnheimplatz zu verlieren.

- Der im WS 70/71 von den Basisgruppen angezettelte Mensablockade

anlässlich der o. g. Essenspreiserhöhung hielt sich zwar 1 Woche, ~~z~~ mit ihrem Zusammenbrechen zerbrach allerdings auch die Illusion ~~xxxx~~ die Studenten damit politisieren und aktivieren geschweige denn durch ausreichenden Kampf die Erhöhung verhindern zu können.

-- Der Erlass des KuMi vom April 71 der als Ersatzvornahme der Erhöhung des Sozialbeitrages um 15.-- DM ab SS 71 endlich festgelegt wurde von Seiten des Asta gerichtlich angefochten, zugleich rief er die Studenten die 15.-- zu verweigern.

Die massenhafte Solidarisierung ~~z~~ mit den Forderungen des Asta bzw. der Projektgruppe Soziales nahm angesichts des enormen Arbeitsaufwandes und der permanenten Versicherung gegenüber den Studenten, daß diesmal das Recht auf unserer Seite sei, da. h. das Risiko für die Verweigerer so gut wiekeines war, nicht wunder. Im SS 71 und noch mehr im Ws 71/72 was den Studenten "bewußt" wurde, war das sichere Wissen, daß sie 2x15.-- DM nicht bezahlt hatten, für manche allerdings, dich doch noch ein Risiko vermutet hatten, das etwas unbehagliche "Bewußtsein" 15.--DM zuviel bezahlt zu haben. Konnte man die sogenannten Aktionen im Sinne von Agitieren, politisieren und aktivieren als gescheitert betrachten, so wurde die Studentenschaft zu Beginn des WS 72/73 erneut vor die Frage des Reagierens gestellt. 2000 Neuanfänger, davon 1500 sicherlich ohne Aussicht auf Wohnung in Darmstadt.

Diese Tatsache war willkommener Anlaß von der formalen 15.--DM-Verweigerung zu politisch ~~z~~ inhaltlicher Agitation und Aktion überzugehen, die nicht mehr nur - wie das früher geschah - im stud. Sozialbereich befangen bliebe, sondern diesen als Teil des allgemeinen Sozialbereichs begreift.

So wurde die Hausbesetzung inszeniert um

- 1) daran Erstsemesteragitation ~~z~~ aufzuhängen,
- 2) auf die allgemeine Wohnungsnot aufmerksam zu machen, deren spezieller Teil auch die stud. Wohnungsmisere ist,
- 3) durch solche Aktionen, die ~~xxxxxxx~~ gestgenommenen Spielregeln zu durchbrechen, beispielhaft zu handeln, die auch von den anderen Betroffenen antizipierbar wären,
- 4) mit anderen Gruppen, die im Sozialbereich politisch agieren zusammen zu arbeiten (siehe in Villa, RP, Release als konkreter Aufbau von Jugendzentrum)

Zwar billigte und unterstützte ein Teil der Bevölkerung die Hausbesetzung verbal, eine aktive Unterstützung blieb - wie zu erwarten - ~~xxxx~~ allerdings aus.

Als politischer Erfolg sind die Hausbesetzungen dennoch zu werten (ganz abgesehen davon, daß zwar die Ville geräumt wurde, in der Traube aber heute ~~noch~~ noch Studenten, Lehrlinge, Schüler wohnen).